

Gesundheitliche Eignung für die Einstellung in das Beamtenverhältnis

Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 21.01.2008, AZ: 1 K 6609/04

Schlagworte:

Lehrerin; Skoliose; Gesundheit; Eignung; Beamtenverhältnis; Gutachten; Amtsarzt

Urteilstenor:

Das beklagte Land wird unter Aufhebung der inzidenter in der Begründung des Angestelltenverhältnisses und Unterzeichnung des Arbeitsvertrages vom 08./13.09.2004 liegenden Ablehnung und des Widerspruchsbescheides der Bezirksregierung A. vom 12.11.2004 verpflichtet, die Klägerin in das Beamtenverhältnis auf Probe einzustellen.

Zum Sachverhalt:

Die durch uns vertretende Klägerin bestand am 11.06.2004 die Zweite Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II mit der Fächerkombination Englisch/Spanisch. Sie hat sich um Einstellung in den Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen beworben. Die Bezirksregierung A. stellte am 09.07.2004 die Einstellung in den Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen in Aussicht.

Die Klägerin wurde amtsärztliche untersucht. Das Gesundheitsamt der Stadt Do. kam im amtsärztlichen Gutachten vom 03.09.2004 zu folgendem Ergebnis:

„Die Obengenannte ist für die vorgesehene Verwendung uneingeschränkt gesundheitlich geeignet. Die Obengenannte ist für die vorgesehene Verwendung in einem Beamtenverhältnis auch auf Lebenszeit gesundheitlich uneingeschränkt geeignet. Der vorzeitige Eintritt einer Dienstunfähigkeit ist aus heutiger Sicht nicht mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit auszuschließen. Es besteht jedoch eine anerkannte Schwerbehinderung (Schwerbehindertenantrag beim Versorgungsamt ist gestellt), so dass die Neufassung des Fürsorgeerlasses vom 16.02.1989 in Verbindung mit den Richtlinien

...2

zur Durchführung des SchwbG im öffentlichen Dienst NRW angewandt werden kann.“

Mit weiterem Schreiben vom 07.09.2004 ergänzte das Gesundheitsamt das Gutachten um die Feststellung:

„Die Obengenannte ist für die vorgesehene Verwendung als Lehrerin im Angestelltenverhältnis uneingeschränkt gesundheitlich geeignet.“

Am 03./13.09.2004 haben die Klägerin und das Land Nordrhein-Westfalen einen Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen. Den am 21.09.2004 gestellten Antrag auf Verbeamtung interpretierte die Bezirksregierung A. als Widerspruch gegen die Ablehnung der Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe und wies den Widerspruch durch Widerspruchsbescheid vom 12.11.2004 zurück.

Richtungsweisend für die Bezirksregierung war der Umstand, dass amtsärztlicherseits der vorzeitige Eintritt einer Dienstunfähigkeit nicht mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden konnte.

Zum prozessualen Ablauf:

Die Klägerin hat gegen die inzidenter in der Begründung des Angestelltenverhältnisses liegende Ablehnung der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe sowie gegen den Widerspruchsbescheid Klage erhoben mit dem Ziel, das Land zu verpflichten, sie in das Beamtenverhältnis auf Probe einzustellen. Sie hat den Rechtsstandpunkt eingenommen, dass sich aus dem amtsärztlichen Gutachten eindeutig ergibt, dass sie die Eignung nicht nur für das Beamtenverhältnis auf Probe sondern auch für das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit besitzt.

Den Antrag auf Anerkennung als Schwerbehinderte hat sie während des Prozesses zurückgenommen.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat am 21.06.2007 einen Beweisbeschluss erlassen zu den Fragen, ob bei der Klägerin die Möglichkeit häufiger Erkrankungen und der krankheitsbedingte Eintritt der dauernden Dienstunfähigkeit vor Erreichen der Altersgrenze (65 Jahre) mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann und ob sich die statistische Wahrscheinlichkeit für den zukünftigen Eintritt der Erkrankungen konkret ausdrücken lässt und wie hoch die Wahrscheinlichkeit betreffend künftige

...3

Erkrankungen und betreffend den krankheitsbedingten Eintritt der dauernden Dienstunfähigkeit vor Erreichen der Altersgrenze wäre.

Mit Begleitschreiben vom gleichen Tage wurde der benannte Gutachter über den Sachverhalt und die Erkrankung der Klägerin informiert.

Der Sachverständige hat in seinem fachorthopädischen Gutachten vom 16.07.2007 zu Frage 1. ausgeführt, dass nicht davon ausgegangen werden könne, dass die Möglichkeit besteht, dass die Klägerin häufiger erkrankt. Wissenschaftlich könne auch nicht nachgewiesen werden, dass sich langfristig eine Dienstunfähigkeit vor Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren einstellen wird. Dies könne mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, da bei der Klägerin zum jetzigen Zeitpunkt mit 36 Jahren keinerlei Einschränkungen bestehen. Zur zweiten Frage wurde ausgeführt, dass sich nach Durchsicht der internationalen Literatur eine statistische Wahrscheinlichkeit für den zukünftigen Eintritt einer einschlägigen Erkrankung nicht konkret ausdrücken lasse.

Durch Urteil vom 21.01.2008 hat das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen das Land Nordrhein-Westfalen unter Aufhebung der entgegenstehenden Entscheidungen zur Einstellung der Klägerin in das Beamtenverhältnis auf Probe verpflichtet.

Aus den Entscheidungsgründen:

Die Klägerin hat einen Anspruch auf Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe. Die Ablehnung ihrer Einstellung ist rechtswidrig und verletzt sie in ihren Rechten (§ 113 Abs. 5 VwGO).

Der Einstellungsanspruch folgt aus Art. 33 Abs. 2 GG, § 5 Abs. 1 Nr. 3 a und § 7 LBG. Nach diesen Vorschriften ist über die Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung zu entscheiden. Darüber, dass die Klägerin diese fachlichen Anforderungen einschließlich der Befähigung für die Lehrämter für die Sekundarstufe I und II dem Grunde nach erfüllt, besteht zwischen den Beteiligten kein Streit; eine erstellte dienstliche Beurteilung bestätigt die fachliche Eignung der Klägerin. Das beklagte Land hat seine ablehnende Entscheidung lediglich darauf gestützt, dass die Klägerin nach seiner Auffassung die für die Berufung in das Beamtenverhältnis erforderliche gesundheitliche Eignung nicht besitzt. Dieser Aspekt steht der Einstellung der Klägerin in das Probebeamtenverhältnis jedoch nicht entgegen, weil sie die gesundheitliche Eignung besitzt.

...4

Die Beurteilung der nach § 7 LBG erforderlichen gesundheitlichen Eignung ist ein Akt wertender Erkenntnis. Er ist als solcher vom Gericht nur beschränkt darauf zu überprüfen, ob die Verwaltung den anzuwendenden Begriff verkannt, einen unrichtigen Sachverhalt zugrunde gelegt, allgemein gültige Wertmaßstäbe nicht beachtet oder sachwidrige Erwägungen angestellt hat.

Es ist dem pflichtgemäßen Ermessen des Dienstherrn überlassen, in welcher Weise er den Grundsatz des gleichen Zugangs zu jedem öffentlichen Amt nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung verwirklicht, sofern nur das Prinzip selbst nicht in Frage gestellt ist. Insoweit bleibt es auch Sache des Dienstherrn, darüber zu befinden, welche Anforderungen er an die Eignung in gesundheitlicher Hinsicht stellt.

Die gesundheitliche Eignung setzt nach ständiger Rechtsprechung voraus, dass die Möglichkeit künftiger Erkrankungen und des Eintritts dauernder Dienstunfähigkeit vor Erreichen der Altersgrenze mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann. Diesbezüglich hat der Dienstherr eine Prognoseentscheidung zu treffen.

Liegen bereits vor Begründung eines Probebeamtenverhältnisses gesundheitliche Risiken vor, bei deren Realisierung der Eintritt vorzeitiger Dienstunfähigkeit nicht mehr mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, kann der Dienstherr ermessensfehlerfrei von der Berufung des Bewerbers in ein Beamtenverhältnis absehen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass dem Beamten diese Umstände dann nicht mehr entgegen gehalten werden können, wenn er in Kenntnis dieser Risikofaktoren in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen wurde und über die Ernennung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu entscheiden ist, ohne dass es innerhalb der Probezeit zu einer konkreten Erkrankung gekommen ist.

Ausgehend von diesen Grundsätzen ist festzustellen, dass das beklagte Land die Grenze des ihm zukommenden Beurteilungsspielraums überschritten hat. Das Land hat sein Urteil über die fehlende gesundheitliche Eignung der Klägerin maßgeblich auf das amtsärztliche Gutachten vom 03.09.2004 gestützt. Damit hat es seine Entscheidung auf einer unzutreffenden Sachverhaltsgrundlage getroffen. Der einer amtsärztlichen Begutachtung grundsätzlich zukommende Vorrang gegenüber einer privatärztlichen Bewertung war bereits deshalb in Zweifel zu ziehen, weil das Gutachten vom 03.09.2004 von einem falschen Maßstab ausgeht; denn es gelangt auf der Basis der unzutreffenden Annahme, die Klägerin sei als Schwerbehinderte anerkannt, zu der Bejahung der uneingeschränkten gesundheit-

...5

lichen Eignung. Nach der Einholung des gerichtlichen Sachverständigen-gutachtens steht fest, dass die Zweifel gegenüber dem amtsärztlichen Gutachten durchgreifen. Nach den Feststellungen des gerichtlichen Sachverständigen ist die Klägerin auch ohne anerkannte Schwerbehinderung gesundheitlich geeignet für die Berufung in ein Beamtenverhältnis, weil häufige Erkrankungen und der Eintritt vorzeitiger dauernder Dienstunfähigkeit mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können.

Das vom Gericht eingeholte Gutachten überzeugt durch seine Grundlagen, seine Verfahrensweise und die Herleitung der abschließenden Feststellungen. Es beruht auf einer eingehenden Anamnese und Untersuchung der Klägerin. Es zieht aussagekräftige Röntgenaufnahmen heran. Im Hinblick auf die anzustellende Prognose wertet das Gutachten die zur Verfügung stehende wissenschaftliche Literatur aus. Soweit einschlägige Literatur für Langzeitverläufe nicht existiert, macht das Gutachten dies kenntlich und zieht eigene Schlussfolgerungen, die auf dem bisher gesicherten Stand der medizinischen Literatur und dem speziellen Untersuchungsbefund bei der Klägerin beruhen.

Liegt damit die gesundheitliche Eignung der Klägerin vor, so erfüllt sie alle Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe.

Dass die Klägerin im Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung die zulässige Höchstaltersgrenze überschritten hat, steht dem Klagebegehren nicht entgegen. Denn sofern die Klägerin im Zeitpunkt ihrer Einstellung in ein unbefristetes Angestelltenverhältnis im September 2004 der geltend gemachte Anspruch auf Verbeamtung zustand, kann dem über die Ausnahmeregelung des § 84 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LVO auch heute noch Rechnung getragen werden.

September 2008